

15.07.2024

Kleine Anfrage 4140

der Abgeordneten Markus Wagner und Sven W. Tritschler AfD

Erneute Erhöhung des Rundfunkbeitrags in Sicht – Ist ein Anstieg gerechtfertigt?

Obwohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk bereits der teuerste Rundfunk der Welt ist, bahnen sich neue Erhöhungen der Zwangsabgabe an. So hat sich die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) offiziell dafür ausgesprochen, dass der Rundfunkbeitrag im nächsten Jahr auf 18,94 Euro steigen soll. Die monatliche Gebühr würde sich somit um 58 Cent erhöhen.¹

KEF-Chef Detzel unterstrich dabei, dass sich die Beitragsentwicklung deutlich unterhalb der derzeitigen Inflationsrate befinden würde. Diese Erhöhung stellt jedoch nur einen Kompromiss zwischen der Kommission und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dar. Diese forderten nämlich eine halbe Milliarde Euro mehr pro Jahr, als von der KEF anerkannt wurde. Insgesamt sollen ARD, ZDF und Deutschlandradio von 2025 bis 2028 41,65 Milliarden Euro kosten. Allerdings haben sich zuletzt fast alle Brandenburger Landtagsfraktionen gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags stark gemacht. Laut Ministerpräsident Dietmar Woidke gebe es für eine Erhöhung keine Akzeptanz in der brandenburgischen Bevölkerung. Unter anderem soll ein RBB-Skandal ein Faktor für diese Tatsache sein, weshalb auch die Landesregierung in Potsdam Reformen der Rundfunkanstalt fordert.²

Es sei jedoch nicht gewiss, ob die Länder ein wirksames Veto gegen die Erhöhung einlegen können. Schon im Jahre 2020 scheiterte die Landesregierung Sachsen-Anhalt daran, das Steigen des Rundfunkbeitrags von 17,50 auf 18,36 Euro zu verhindern. Die Rundfunkanstalten reichten damals eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein, wobei die Richter entschieden, dass aufgrund der im Grundgesetz verankerten Rundfunkfreiheit „eine staatliche Handlungspflicht“³ resultiere und somit der öffentlich-rechtliche Rundfunk im vollen Umfang finanziell zu tragen sei.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie oft kam es seit Einführung des Rundfunkbeitrags bzw. der GEZ-Gebühr zu einer Erhöhung?
2. Sieht die Landesregierung die Summe von 41,65 Milliarden Euro, die die Rundfunkanstalten von 2025 bis 2028 bekommen sollen, als gerechtfertigt an?

¹ <https://jungfreiheit.de/kultur/medien/2024/gez-erhoehung-auf-1894-euro-nun-offiziell-empfohlen/>

² Ebenda.

³ Ebenda.

3. Sieht die Landesregierung eine erneute Erhöhung des Rundfunkbeitrags als gerechtfertigt an?
4. Hat es in NRW bereits Versuche der Landesregierung ähnlich wie in Sachsen-Anhalt gegeben, eine Erhöhung des Beitrags zu unterbinden?
5. Wird sich die Landesregierung für eine Verschlankung des aufgeblähten ÖRR einsetzen?

Markus Wagner
Sven W. Tritschler